

**Datenschutz-Informationen der Massarbeit Personalservice GmbH
- für Bewerber und Beschäftigte -**

Nachfolgend erhalten Sie einen Überblick über uns, die Verarbeitung personenbezogener Daten in unserem Hause und der Betroffenenrechte. Für eine bessere Lesbarkeit verzichten wir auf die gleichzeitige Verwendung der weiblichen und männlichen Sprachform. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

1. Wer wir sind. Angaben zum Verantwortlichen

Massarbeit Personalservice GmbH
Matthias Lindenmaier
Kronengasse 14
89073 Ulm
Telefon: 0731/ 968980
Internet: www.massarbeit-ps.de
E-Mail-Adresse: info@massarbeit-ps.de

Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten

OFFICESCHOCH GmbH
Hauptstraße 35
73312 Geislingen an der Steige
Fon +49 (0) 7331 / 93643 80
Mobil +49 (0) 151 / 555129 59

datenschutz@massarbeit-ps.de

2. Zweck der Datenverarbeitung, Erforderlichkeit, Rechtsgrundlage

Im Bewerbungsverhältnis verarbeiten wir von Bewerberkandidaten mitgeteilte personenbezogene Daten, um für die Bewerber passende Tätigkeiten anzubieten, um deren Eignung für von Kunden nachgefragte bzw. von uns geplante Tätigkeiten festzustellen, um über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses zu entscheiden oder um die Bewerber unseren Kunden für eine geeignete Stelle vorzuschlagen und vorzustellen.

Bestimmte Daten sind zur Bearbeitung von Bewerbungen bzw. für einen Vertragsschluss erforderlich. Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 b i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 I 1 BDSG. Im Falle einer erteilten Einwilligung, ist die Rechtsgrundlage insoweit Art. 6 I 1 a i.V.m. Art. 9 II a i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 II BDSG.

Im Beschäftigungs- oder Vermittlungsverhältnis mit Mitarbeitern oder Bewerberkandidaten verarbeiten wir von Mitarbeitern oder Bewerberkandidaten mitgeteilten personenbezogene Daten, soweit diese für die Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oder des Vermittlungsvertrages erforderlich sind (z.B. Endgeldzahlung, Übermittlung Qualifikationsprofile an Kunden).

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 b i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 I 1 BDSG. Die Datenverarbeitung ist zur Durchführung des Arbeitsverhältnisses und zur Erfüllung der sich hieraus ergebenden Pflichten erforderlich.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten für im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit zulässige Geschäftszwecke, die in Zusammenhang mit der Rolle und Funktion des Mitarbeiters in unserem Unternehmen stehen. Dies kann die Verbreitung der Kontakt- und Bilddaten intern (z.B. im Intranet) und/oder die Veröffentlichung extern (z.B. auf den Websites unseres Unternehmens, in Printerzeugnissen für Marketing, in sozialen Netzwerken und/oder gegenüber Vertragspartnern) sein. **Eine externe Veröffentlichung erfolgt ausschließlich in Sonderfällen und nach vorheriger gesonderter, schriftlicher Einwilligung durch den Mitarbeiter.**

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 a i.V.m. Art. 9 II a i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 II BDSG.

Des Weiteren verarbeiten wir personenbezogene Daten, da wir umfangreichen öffentlich-rechtlichen Vorschriften unterliegen, insbesondere aus dem Steuerrecht und dem Recht der Sozialversicherung, Tarifverträgen oder Betriebs- oder Dienstvereinbarungen (Kollektivvereinbarung).

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 c i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 III BDSG, soweit es auch um die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten geht.

Letztlich verarbeiten wir personenbezogene Daten aufgrund eines berechtigten Interesses, insbesondere um Qualitätsmaßnahmen durchzuführen. Hierzu zählen Kundenbefragungen (z.B. durch einen Kundenfragebogen) oder das Vornehmen eigener Einschätzungen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass wir personenbezogene Daten zur Geltendmachung von Ansprüchen oder gegen Ansprüche bzw. zur Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten verarbeiten.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 f DSGVO i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 I BDSG.

Bestimmte Daten sind insoweit gesetzlich und vertraglich für die Vertragsdurchführung erforderlich, ansonsten kann das Beschäftigungs- oder Vermittlungsverhältnis nicht durchgeführt werden.

3. Datenkategorien

Während eines Bewerbungs- oder Beschäftigungsverhältnisses können wir folgende persönliche Informationen und personenbezogenen Daten sowohl in Papierformat als auch in digitaler Form erheben und verarbeiten:

- Stammdaten (Vor- und Nachname, akademische Titel, private Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Personalnummer)
- Familienstand, Kinder, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit
- soweit Bevollmächtigte, Vertreter oder Ansprechpartner benannt sind: deren Stamm- und private Kontaktdaten sowie Daten über die Art der Vertretung und ggfs. den Verwandtschaftsgrad
- Qualifikationen und Fähigkeiten, insbesondere Daten über Schul-, Studien- und Berufsabschlüsse, Zusatzqualifikationen, Zertifikate, Sprachkenntnisse, besondere Fähigkeiten
- gegebenenfalls im Personalausweis, Führerschein oder sonstigen vorgelegten Legitimationspapieren enthaltene Daten sowie Authentifikationsdaten
- ggfs. Daten über die Ausübung weiterer unselbständiger oder selbständiger Tätigkeiten und damit ggfs. Daten über Vertragsinhalte und Vertragspartner
- Vertragsdaten (Art der Anstellung, tarifliche Eingruppierung, Beschäftigungsgrad, Beginn/Ende der Beschäftigung)
- Organisationsdaten
- Lohn- und Lohnzahlungsdaten sowie ggfs. weitere Daten über Einkommens- und Vermögensverhältnisse, insbesondere Daten zu weiteren Einkommen und Nebeneinkünften, Vermögen, Renten(-anwartschaften), Schulden und Verbindlichkeiten
- steuerliche Daten, insbesondere Steuer-ID, Steuernummer, Bescheinigung in Steuersachen
- sozialversicherungsrechtliche Daten und Berufsgenossenschaftsdaten
- Leistungsdaten
- Geschäftskontakt- und Kommunikationsdaten
- Arbeits- und Fehlzeiten, Urlaub, Gründe für Abwesenheitszeiten, Reisezeiten und Zeiten einer bezahlten oder unbezahlten Freistellung (hier etwa Mutterschafts- oder Elternzeiten)
- Daten aus postalischer, elektronischer und telefonischer Kommunikation zwischen Ihnen und unserem Unternehmen sowie zwischen Ihnen und Dritten
- Bilder
- Ergonomische Daten zur Arbeitsplatzausstattung und Arbeitsplatzgestaltung, ausgegebene Sachmittel und von Ihnen genutztes Firmeneigentum
- gegebenenfalls Gesundheitsdaten
- Sonstige Bewerberdaten
- Polizeiliches Führungszeugnis

4. Empfängerkategorien

Personenbezogene Daten von Bewerbern werden **auf Basis einer spezifischen Bewerbung für eine/mehrere konkrete Stellenausschreibungen auf das notwendige beschränkt** an den jeweiligen Kunden weitergegeben.

Sofern eine Einwilligung vorliegt, werden personenbezogene Daten von Bewerbern darüber hinaus **erweitert für alternative Stellenanforderungen** an andere Kunden weitergegeben.

Soweit möglich, werden Ihre Daten dabei dem Kunden zunächst pseudonymisiert, d.h. ohne Nennung Ihres Namens, übermittelt.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 b DSGVO und Art. 6 I 1 a DSGVO.

Empfänger personenbezogener Daten von Mitarbeitern sind unsere Kunden, wenn Sie uns einen entsprechenden Bedarf mitteilen oder welche die Daten zum Zweck der eigenen Kommunikation mit Ihnen bei uns anfragen. Weitere Empfänger personenbezogener Daten von Mitarbeitern sind Dritte (z.B. andere interne Mitarbeiter) sowie unsere Geschäftspartner oder Besucher unserer Websites und Auftritten in sozialen Netzwerken, soweit Sie dort als Ansprechpartner im Außenverhältnis aufgeführt werden.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 b i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 I 1 BDSG. Daneben kann Art. 6 I 1 f i.V.m. Art. 8 II a i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 I BDSG Rechtsgrundlage sein, wobei wir davon ausgehen, dass unsere Interessen an der Weitergabe dieser vorwiegend geschäftlichen Daten gegenüber den Grundrechten und Grundfreiheiten des Mitarbeiters, die den Schutz der Daten erfordern, überwiegen. Im Falle einer erteilten Einwilligung ist Rechtsgrundlage nach Art. 6 I 1 a i.V.m. Art. 9 II a i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. § 26 II BDSG

Empfänger von Daten beider Kategorien (Bewerber und Mitarbeiter) können interne Stellen, Dienstleister oder Auftragsverarbeiter sein, die bestimmungsgemäß mit der Durchführung der erforderlichen Geschäftsprozesse betraut sind (z.B. Personalverwaltung, Buchhaltung, Controlling, Steuerbüro, Kreditinstitute, IT-Dienstleister), soweit dies für die Abwicklung des Arbeitsverhältnisses oder der Vermittlungstätigkeit erforderlich ist.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 b DSGVO und/oder Art. 6 I 1 c i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. ggfs. § 26 III BDSG.

Außerdem können öffentliche Stellen die Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften erhalten (z.B. Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden), soweit wir aufgrund geltender Gesetze, Vorschriften, Rechtsverfahren oder einer vollstreckbaren behördlichen Anordnung verpflichtet sind oder nach Treu und Glauben davon ausgegangen werden kann, dass der Zugriff auf diese Daten oder ihre Nutzung, Aufbewahrung oder Weitergabe vernünftigerweise notwendig ist, um insbesondere entsprechenden Verpflichtungen nachzukommen

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 c i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. ggfs. § 26 III BDSG.

Soweit eine Datenübermittlung in Drittstaaten oder eine Offenbarung an Stellen in Drittstaaten erfolgt, werden hierfür die zusätzlichen Voraussetzungen beachtet. Diesen Vorschriften entsprechend besteht ein nach der DSGVO vorgeschriebener Vertrag nach den EU-Standardvertragsklauseln.

Dieser Vertrag gewährleistet den Mitarbeitern auch bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten in Drittstaaten die vorgeschriebenen Schutzrechte. Auf der Grundlage dieses Vertrags steht die zentrale Verarbeitung der Personaldaten im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Vorschriften

5. Speicherdauer

Wir verarbeiten und speichern Daten nur solange, wie diese zur Erreichung des vereinbarten Zweckes, insbesondere zur Erfüllung vorvertraglicher, vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten aus dem Geschäftsverhältnis benötigt werden. Dies erfolgt grundsätzlich so lange, wie das Arbeitsverhältnis besteht und die überlassenen Daten zur Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten aufbewahrt werden müssen. Besteht keine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten mehr, werden die Daten gelöscht oder, sofern dies nicht möglich ist, gesperrt.

Sofern uns eine Einwilligung vorliegt, bewahren wir Daten bis auf Widerruf, längstens für 24 Monate auf. Im Übrigen bewahren wir Daten entsprechend der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten insbesondere wie folgt auf:

- im erforderlichen Umfang zur Einhaltung der handels- und/oder steuerrechtlichen Aufbewahrungspflichten, denen unser Unternehmen unterliegt. Die Fristen zur Erfüllung handels- und/oder steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten betragen entsprechend der gesetzlichen Vorschriften für sämtliche Unterlagen, die zur Gewinnermittlung erforderlich sind, zehn Jahre; für Geschäftsbriefe (auch E-Mails) beträgt die Aufbewahrungsfrist sechs Jahre.

Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 I 1 c i.V.m. Art. 88 I DSGVO i.V.m. ggfs. § 26 III BDSG

- nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können Verjährungsvorschriften bis zu 30 Jahren betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt. Wir bewahren deshalb die Vertragsunterlagen sowie Dokumente, die im Zusammenhang mit dem Vertrag stehen, entsprechend diesen Verjährungsregelungen auf, um eventuell erforderliche (gerichtliche) Streitigkeiten führen zu können.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 I 1 f DSGVO

6. Hinweis Betroffenenrechte

Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht, auf Auskunft über von dem Verantwortlichen gespeicherte Daten. Insbesondere, zu welchem Zweck und auf Basis welcher Rechtsgrundlage die Verarbeitung erfolgt und wie lange die Daten gespeichert werden.

Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung oder ggf. Vervollständigung der sie betreffenden unrichtigen personenbezogenen Daten zu verlangen. Der Verantwortlich hat diese Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass die sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern die Verarbeitung der Daten nicht mehr notwendig ist, die betroffene Person ihre Einwilligung widerruft oder Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet werden oder sonst ein Lösungsgrund im Sinne von Art. 17 DSGVO vorliegt und der Verantwortliche nicht berechtigt ist, der Löschung zu widersprechen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen gegeben ist, etwa während der Dauer der Prüfung, wenn die betroffene Person die Richtigkeit oder die Rechtmäßigkeit der personenbezogenen Daten bestritten hat, sowie im Fall, dass bei einem bestehenden Recht auf Löschung anstelle der Löschung eine eingeschränkte Verarbeitung gewünscht wird. Ferner erfolgt eine Einschränkung der Verarbeitung für den Fall, dass die Daten für die von uns verfolgten Zwecke nicht länger erforderlich sind, die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, sowie wenn die erfolgreiche Ausübung eines Widerspruchs zwischen dem Verantwortlichen und der betroffenen Person umstritten ist.

Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Soweit die Datenverarbeitung sich auf ein berechtigtes Interesse unsererseits stützt oder es sich um Direktwerbung handelt, hat die betroffene Person das Recht, aus den in Art. 21 DSGVO genannten Gründen, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Die betroffene Person hat im Rahmen von Art. 20 DSGVO das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, soweit diese nicht bereits gelöscht wurden und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, der die personenbezogenen Daten bereitgestellt hat, zu übermitteln.

Recht auf Beschwerde (Art. 77 DSGVO)

Jede betroffene Person hat unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde gemäß Art. 77 DSGVO wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung (Art. 17 I 1 b DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht, ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Recht nicht Gegenstand einer automatisierten Entscheidungsfindung im Einzelfall einschließlich Profiling zu sein (Art. 22 DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die der betroffenen Person gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung

- (1) für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen erforderlich ist,
- (2) aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten oder
- (3) mit ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen Person erfolgt.

Allerdings dürfen diese Entscheidungen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 I DSGVO beruhen, sofern nicht Art. 9 II a oder g DSGVO gilt und angemessene Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person getroffen wurden. Hinsichtlich der in (1) und (3) genannten Fälle trifft der Verantwortliche angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

